

Chinas Weg — Teil II
vom Marxismus zum Maoismus

Serie D:
Politische Probleme
unserer Zeit

3



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

	Seite
Die Kulturrevolution	1
Lin Piao säubert die Armee	1
Machtergreifung statt Revolutionierung der Kultur	2
Die Jugend als Avantgarde ?	3
Die Partei wird zerschlagen	3
Der IX. Parteitag	4
Nur „eine Handvoll Konterrevolutionäre ...“ ?	4
Die maoistische Außenpolitik	5
Friedliche Koexistenz — Kollaboration oder Klassenkampf ?	5
Krieg und Revolution	6
Die Auswirkungen der konterrevolutionären Politik des Maoismus	7
Prinzipienlose „Offensive des Lächelns“	8
F.J. Strauß und China	10
Wie soll es weitergehen ?	12

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeberkreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Hedderheimer Landstr. 78a, Telefon(0611)571051

Druck: F. Freyisen, Frankfurt am Main, Mainluststr. 13

Die Kulturrevolution

Im „Großen Sprung“ hatte man die Begeisterung mit der Aussicht auf einen besonderen, einen schnelleren, einen „chinesischen Weg“ zum Kommunismus zu wecken versucht. Als sich nach anfänglichen Erfolgen Rückschläge einstellten und die Erkenntnis um sich griff, daß es bis zum Kommunismus doch noch eine weite Strecke ist, hatte die chinesische Führung zwei Möglichkeiten: dies zuzugeben und auch theoretisch den Anspruch auf ein spezifisch chinesisches „Modell“ fallenzulassen, also jeglicher nationalistischer Propaganda zu entsagen, oder aber weiterhin die Ratschläge der übrigen sozialistischen Länder zu mißachten, ihre Erfahrungen und vor allem ihre konkrete Praxis zu leugnen und später sogar als „revisionistisch“ anzugreifen. Der Kampf zwischen diesen beiden Linien mußte sich notgedrungen in der Partei immer mehr zuspitzen. Wollte Mao seine nationalistische Konzeption durchsetzen, so mußte er zunächst seinen Einfluß zur Ausschaltung des mächtigsten Kontrollorgans, des Zentralkomitees der Partei, geltend machen. Dies war ihm bis August 1966 bereits zum Teil gelungen, als das ZK, das nach fünf Jahren erstmalig wieder zusammentrat, die Kulturrevolution „beschloß“. Ein Teil seiner Mitglieder war damals bereits ausgeschlossen und entgegen allen Parteinormen saßen „Rote Garden“ auf den Rängen, die das Rest-ZK unter Druck setzen sollten.¹

Voraussetzung für die von nun an in aller Offenheit betriebene Zerschlagung der innerparteilichen Opposition durch die Maoisten waren allerdings die schon lange vorher eingeleiteten einschneidenden Veränderungen in der Armee, die diese zur Hauptstütze des Maoismus werden ließen.

Lin Piao säubert die Armee

Bereits 1959 waren dafür die Weichen gestellt worden, als der aus den Partisanenkämpfen des Bürgerkrieges hervorgegangene Marschall Peng Teh-huai als Verteidigungsminister durch Lin Piao ersetzt wurde. Peng hatte die Mißerfolge und die voluntaristische Politik des „Großen Sprungs“ und der Volkskommunen scharf kritisiert und eine Rückkehr zu den Leninschen Prinzipien des sozialistischen Aufbaus gefordert. Was die Armee betraf, so trat er unter den neuen Bedingungen der Volksrepublik für eine verstärkte Technisierung und Anlehnung an die Armeen des sozialistischen Lagers ein. Lin Piao dagegen betrieb sofort eine Umstrukturierung der VBA in eine Guerillaarmee großen Ausmaßes. Entscheidend ist dabei nicht, daß sie z.B. Feldarbeit leistete – das tun die Soldaten aller Armeen der sozialistischen Staaten –, sondern, daß an eine historische Mission der VBA appelliert wurde, wie sie in den dreißiger und vierziger Jahren bestanden hatte. Die Armee sollte – das machen besonders die kurz vor Beginn der Kulturrevolution in ihren Reihen betriebenen ideologischen Kampagnen deutlich – zur eigentlichen Avantgarde werden und damit der angeblich von „Revisionisten“ okkupierten Partei den Rang streitig machen. Maos Weisung lautete: „Die VBA muß eine große Schule sein, eine Schule, die sich sowohl mit politischer, als auch mit kultureller Aus-

bildung, als auch mit Landwirtschaft und Nebengewerben befaßt . . .”²

Im Gefolge dieser Umorientierung unter Lin Piao wurde 1965 ein Großteil des Offizierskorps ausgewechselt mit der Begründung, die Linie Peng Teh-huais verfolgt zu haben. Die zu diesem Zeitpunkt durchgeführte – und von westlichen Maoisten in Diskussionen gern angeführte – Abschaffung der Rangabzeichen und Sonderuniformen erscheint insofern unter einem völlig anderen Licht, als man mit dieser Maßnahme die Autorität vieler Offiziere, die im Bürgerkrieg und in Korea gezeigt hatten, daß sie auf der Seite des Sozialismus stehen, untergraben wollte. Da es sich bei der VBA um eine Freiwilligenarmee handelt, fiel auch die Säuberung der unteren Ränge und die Filtrierung der neuen Rekruten nicht schwer. Auf diese Weise schufen sich die Maoisten, mit Mao und Lin an der Spitze, ein zuverlässiges Machtorgan, dem sie in den oftmals konfuse Situationen der Kulturrevolution stets die Rolle des „Schiedsrichters“ (natürlich zugunsten der Mao-Anhänger) zuweisen konnten.

Machtergreifung statt Revolutionierung der Kultur

Was Ende 1965 unter der Bezeichnung „Kulturrevolution“ anlief, hatte mit einer kulturellen Revolution im Leninschen Sinn, d.h. der Organisation und planmäßigen Überwindung des Analphabetismus, der ideologischen und kulturellen Qualifizierung der Werktätigen und der Entfaltung einer sozialistischen Kunst und Literatur wenig zu tun. Vielmehr ging es im wesentlichen um einen handfesten Machtkampf der Maoisten gegen alle diejenigen in Partei und Staat, die sich dem seit 1957 eingeschlagenen Kurs in dieser oder jener Form widersetzen. Auch gab man dieses Ziel später offen zu. „Die große proletarische Kulturrevolution war gleich von Anfang an ein Kampf zur Machtergreifung. Wir rebellieren, um die Macht zu ergreifen. Das bedeutet, daß die Macht jener Handvoll Leute in der Partei, die in Machtpositionen sind und den kapitalistischen Weg gehen, unter der Diktatur des Proletariats zurückerobert wird und in die Hände der proletarischen Revolutionäre gelangt.“³

Die Bewegung begann allerdings – und das ist wohl einer der Gründe, warum ihr wahrer Charakter oftmals nur schwer durchschaut wird – mit Auseinandersetzungen innerhalb von Intellektuellen, die ab Herbst 1965 sich verdichteten und zu einer allgemeinen „Kunstdiskussion“ führten. Dabei wurden von vornherein diejenigen Publizisten angegriffen, die – wie auch immer getarnt – an der subjektivistischen Politik der Mao-Gruppe Kritik geübt hatten. Diese Debatten, bei denen sich zeigte, daß die maoistische Kunstkonzeption im wesentlichen eine Rückkehr zu den bereits von Lenin kritisierten „revolutionär-romantischen“ Positionen des „Proletkult“ bedeutete und demnach fast die gesamte Kunst der bürgerlichen, feudalen und vorgefeudalen Zeit als „konterrevolutionär“ eingeordnet werden mußte, waren aber im Grunde nur ein Vorgeplänkel. Sie bewirkten immerhin, daß Hongkong eine Zeitlang zu einem Tummelplatz für geschickte Kunsthändler wurde, die äußerst billig „revisionsistische“ Kunstwerke chinesischer Klassiker erwerben konnten, die der Bilderstürmerei der „Roten Garden“ zum Opfer gefallen waren.

Die Jugend als Avantgarde?

Als Mitte 1966 der gesamte Schul- und Hochschulbetrieb eingestellt wurde und Millionen Jugendliche sich in „Roten Garden“ organisierten, bedeutete dies, daß (wie auch aus dem ZK-Beschluß vom August 1966 hervorgeht) die Jugend zur Avantgarde der anlaufenden Massenkampagnen gemacht werden sollte. Tatkräftig unterstützt wurde dies von Armeekadern und sogenannten Parteiarbeitsgruppen z.B. an den einzelnen Universitäten. Der Eifer der „Rebellengruppen“, dem Vorsitzenden Mao zu dienen, ging dabei so weit, daß mehrfach Berichtigungskampagnen und Aufrufe gegen das Sektierertum und den „Fraktionismus“ organisiert werden mußten, weil die Ausschreitung der verschiedenen Gruppen zu einer Gefahr über die Maoisten selbst zu werden drohten. Offiziell ging es ja den chinesischen Führern darum, dem reinen proletarischen Bewußtsein zum Siege zu verhelfen. Träger dieses Bewußtseins waren in der Kulturrevolution jedoch vor allem die Jugend und die sie anleitende Armee, die letztlich die Arbeiterklasse „revolutionieren“ sollten. Diese ließ sich aber die politische Bevormundung durch die „Rebellengruppen“ nicht gefallen. In allen wichtigen Industriezentren (Peking, Mandschurei, Shanghai, Wuhan, Szetschuan-Becken usw.) kam es daher zu sehr harten, manchmal blutigen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitermassen und „Roten Garden“. Mehrmals griff die Armee ein. Zumeist, um die maoistischen „Rebellen“ vor dem Zorn der Arbeiter zu schützen, in einigen Fällen aber auch – wie in Wuhan und Kanton – indem sie sich auf die Seite des örtlichen Parteikomitees und der Werktätigen stellte.

Daß die chinesische Arbeiterklasse nach 1927 im Verlauf der revolutionären Ereignisse nur eine untergeordnete Rolle spielen konnte, ist unbestritten: dennoch muß sie in zunehmendem Maße und da die Industrialisierung fortschreitet, die ihr aufgrund ihrer objektiven Lage als einziger bis zuletzt revolutionären Klasse zukommenden Funktionen übernehmen. Eine derartige Führungsrolle der Arbeiterklasse, wie sie die Marxisten vertreten, ist aber unvereinbar mit der maoistischen Politik der Indoktrinierung der Arbeiterklasse mit kleinbürgerlichem, gleichmacherischem Bewußtsein, mit der Zerschlagung des Pan-Chinesischen-Gewerkschaftsbundes (dessen Ehrenvorsitzender nicht zufällig Liu Shao-chi war) und schließlich der Kommunistischen Partei als politischer Organisation des Proletariats.

Die Partei wird zerschlagen

Der schrittweisen Entmachtung und Absetzung fast sämtlicher örtlicher und überregionaler Parteikomitees folgte vom Sommer 1967 an die Bildung sogenannter „revolutionärer Dreierverbindungen“ bzw. „Revolutionskomitees“, in denen ein Drittel Soldaten, ein Drittel „Rebellen“ und ein Drittel Parteifunktionäre vertreten waren. Ende 1968 war der anti-maoistische Widerstand schließlich überall gebrochen, und die letzten Komitees konnten gebildet werden. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen zum endgültigen Ausschluß des Staatspräsidenten und stell-

vertretenden Parteivorsitzenden Liu Shao-chis und des Generalsekretärs der Partei, Teng Hsiao-ping, gegeben. Auch liefen nun die Vorbereitungen zum 9. Parteitag an, der bereits 1967 angekündigt worden war, aber wegen des starken Widerstandes gegen den Mao-Kurs bis 1970 verschoben werden mußte.

Der IX. Parteitag

Dieser Parteitag war gleichzeitig der Höhepunkt und Abschluß der Kulturrevolution. Vorbereitet durch die Grenzprovokationen am Ussuri und die damit entfachte chauvinistische Hetze gegen die Sowjetunion, gab er den Rahmen ab für die Akklamation der im Zuge der vorangegangenen Kämpfe erfolgten Veränderungen. Die 1500 Delegierten waren ohnehin nicht gewählt, sondern von oben nach unten bestimmt worden.

In seiner Rede, die an sich mit einem marxistischen Rechenschaftsbericht wenig gemein hat, faßte Lin Piao die maoistischen Parolen zur Begründung der Kulturrevolution und des Kampfes gegen den „modernen Revisionismus“ noch einmal zusammen. Dabei setzte er zum ersten Mal in dieser Schärfe US-Imperialismus und „Sowjetrevisionismus“ als Hauptfeinde Chinas gleich.⁴

Das verabschiedete Statut, das in geradezu monarchistischer Weise Maos Parteiamt und seine Nachfolge regelt, fixiert nicht nur die Vorherrschaft der „Mao Tse-tung-Ideen“ und des Antisowjetismus, sondern schafft auch in seinen formalen Bestimmungen die innerparteiliche Demokratie „auf dem Papier“ ab. Die KPCh hat, vergleicht man dieses Statut etwa mit dem von 1956 oder dem anderer kommunistischer Parteien, nichts mehr mit einer Partei Leninschen Typs gemein. Geradezu lächerlich erscheinen daher die Vorwürfe der Maoisten gegenüber den „revisionistischen Parteien“, diese seien „autoritär strukturiert“. Auch die neue Zusammensetzung der Leitungsorgane dokumentiert die völlige Ausrichtung auf eine kleine Führungsgruppe um Mao, dessen Vertraute sämtliche Schlüsselpositionen besetzen. Eindeutig ist zudem die starke Überrepräsentation der Armee.

Nur „eine Handvoll Konterrevolutionäre . . .“?

Ein Zahlenvergleich macht deutlich, daß die Kulturrevolution nicht eine „kleine Handvoll“ hinweggesäubert hat, wie es in der offiziellen Propaganda heißt, sondern die Mehrheit in sämtlichen wichtigen Parteigremien betroffen war: 17 der 26 Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, 11 der 16 Mitglieder und Kandidaten des ZK-Sekretariats, 112 der 172 Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees, 54 der 67 Sekretäre oder Stellvertreter der Regionalbüros und 23 der 28 ersten und zweiten Sekretäre der Provinzkomitees. Die Mehrheit der qualifizierten Parteikader ist also ausgeschaltet worden, um der subjektivistischen und gegen die übrigen sozialistischen Länder gerichteten Politik der Mao-Gruppe zum Siege zu verhelfen.

Daß man heute in China den „Wiederaufbau“ der „Partei“ betreibt, bestätigt nur zu gut die These, daß die KPCh in ihrer alten Form zerschlagen und die Macht im Lande von der Armee übernommen worden ist. Die Armee blieb nämlich durch alle Wirren hindurch „unangetastet“. „Ultra-maoistische“ Versuche einiger Rotgardisten, auch in die Armee den Kampf zweier Linien hineinzutragen, wurden mit aller Schärfe unterdrückt. Der verstärkt geschürte Chauvinismus und Antisowjetismus – unter dem Deckmantel einer angeblich von Seiten der Sowjetunion bestehenden Kriegsdrohung – schaffte hierfür das ideologische Klima.

Die maoistische Außenpolitik

Seit Ende der fünfziger Jahre hat sich eine tiefgreifende Wende in der chinesischen Außenpolitik vollzogen. Obwohl die chinesische Parteiführung nach 1960 dem Hauptdokument der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien zustimmte, revidierte sie Schritt für Schritt die darin festgelegten Positionen und entwickelte zunehmend eine eigene nationalistisch gefärbte, gegen die anderen sozialistischen Länder und besonders die Sowjetunion gerichtete Politik. Diese neue „Generallinie“ versuchten die Maoisten den einzelnen Bruderparteien aufzuzwingen und gingen, als ihnen das nicht gelang, dazu über, maoistische Spaltergruppen zu organisieren, die Bruderparteien in einer bisher nur von den Imperialisten einerseits und den Trotzlisten und Anarchisten andererseits bekannten Weise zu verleumden und zu bekämpfen. Damit wurde und wird täglich der antiimperialistischen Kampffront in allen Teilen der Erde großer Schaden zugefügt, und der Imperialismus erhält völlig unverhofft Unterstützung bei seinen Versuchen, die antiimperialistische Bewegung zu spalten und die sozialistischen Länder gegeneinander auszuspielen.

Welches waren die Grundfragen, die von der maoistischen Polemik angesprochen wurden und bei denen sich Differenzen zwischen der KPChinas und der Partei der Arbeit Albaniens auf der einen und der übrigen kommunistischen Bewegung auf der anderen Seite ergaben?

Friedliche Koexistenz – Kollaboration oder Klassenkampf?

Grundlage der Außenpolitik der sozialistischen Länder ist die von Lenin entwickelte Strategie der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung. Diese Politik, die auf der Einsicht fußt, daß ein Export der Revolution (wie ihn z.B. Trotzki propagierte) in noch nicht vom kapitalistischen Joch befreite Länder prinzipiell nicht möglich ist und jedes Volk seine Revolution selbst organisieren und durchführen muß, bedeutet aber keineswegs – wie es die Maoisten aufgrund der von der bürgerlichen Presse geschürten Vorurteile verbreiten – eine Aufgabe des Klassenkampfes zugunsten einer „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus:

„Die Politik der friedlichen Koexistenz widerspricht nicht dem Recht der

unterdrückten Völker, im Kampf um die Befreiung die Mittel anzuwenden, die sie für richtig erachten, den bewaffneten oder nichtbewaffneten Weg zu beschreiten. Sie bedeutet in keiner Weise die Unterstützung reaktionärer Regimes. Ebenso unbestritten ist das... Recht jedes Volkes auf militärische Verteidigung...⁵ Vielmehr macht sich diese Politik sämtliche Möglichkeiten zunutze, die durch die Existenz einer sozialistischen Staatengemeinschaft und die weltweiten Erfolge der gesamten antiimperialistischen Bewegung ergeben, um den Spielraum des Imperialismus zu verringern und die Kampfpositionen der revolutionären Kräfte zu verbessern. Sie „wirkt den Versuchen des Imperialismus entgegen, seine inneren Widersprüche durch die Verschärfung der internationalen Spannungen und durch das Schüren von Kriegsherden zu überwinden.“⁶ Dennoch „bedeutet (sie) weder die Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse noch eine Abschwächung des ideologischen Kampfes.“⁷

Daß die polemischen Attacken der Maoisten nur leere Demagogie sind, zeigt deutlich die Reaktion jener aggressiven, imperialistischen Kräfte selbst – die es ja wissen müssen – auf diese Politik. Konkret: wieso bekämpfen die Rechtskräfte mit Franz Joseph Strauß an der Spitze so hartnäckig die Verträge von Moskau und Warschau, die Anerkennung der DDR, eine europäische Sicherheitskonferenz usw.? Weil die Durchführung dieser Maßnahmen nicht nur ein Erfolg der Friedenspolitik der sozialistischen Länder wäre, sondern auch der Bewegung in der BRD und den anderen kapitalistischen Ländern, ja auch den antiimperialistischen Volkskräften von Kuba bis Vietnam in ihrem Kampf nützen würde. Wie anders ist es auch zu verstehen, daß im Gegensatz zur KP Chinas Nordvietnam, Kuba und alle Befreiungsbewegungen diese Politik als richtig unterstützen?

Krieg und Revolution

Wie bereits aus dem oben gesagten hervorgeht, geht die internationale kommunistische Bewegung davon aus, daß die Frage, ob bewaffneter oder unbewaffneter Kampf, in jedem Land selbst entschieden werden muß. Und zwar auf der Grundlage einer genauen Analyse der historischen und geographischen Bedingungen. Demgegenüber propagieren die Maoisten eine einzige gültige Kampfform für die Machtergreifung des Proletariats: „Die zentrale Aufgabe und die höchste Form der Revolution ist die bewaffnete Machtergreifung, ist die Lösung des Problems durch den Krieg. Dieses revolutionäre Prinzip des Marxismus-Leninismus hat allgemeine Gültigkeit, es gilt überall, in China wie im Ausland.“⁸

Dieses „Prinzip“, das Mao verkündet, ist aber dem Marxismus fremd. Marx und Lenin haben an vielen Stellen betont, daß es darum gehen müsse, unter möglichst friedlichen Bedingungen die Macht zu ergreifen, daß die konkreten Bedingungen und Kampfformen aber nicht abhängig sind vom guten Willen der Revolutionäre, sondern von den vorgefundenen objektiven Bedingungen und den aktuellen Klassenkonstellationen. Danach bestimmen sich sämtliche Kampfformen und -methoden: illegal-legal,

parlamentarisch-außerparlamentarisch, friedlich-bewaffnet usw. Allerdings: freiwillig tritt die Bourgeoisie nie von der historischen Bühne ab. Der endgültige Charakter der Revolution hängt insofern davon ab, ob das Kräfteverhältnis bereits zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten verändert ist, so daß die herrschende Klasse nicht mehr bzw. nicht mehr mit Erfolg Gewalt gegen das Volk anwenden kann. Dies sind die marxistischen Prinzipien, die denen Maos entgegenstehen und deren Richtigkeit anhand von sämtlichen siegreichen oder gescheiterten revolutionären Kämpfen überprüft werden.

An die Stelle der konkreten Analyse setzen aber die Maoisten nur die abstrakte Revolutionsphrase. So schreiben sie z.B.: „Vorsitzender Mao sagte: ‚Der revolutionäre Krieg ist ein Krieg der Volksmassen; man kann ihn nur führen, indem man die Volksmassen mobilisiert, indem man sich auf die Volksmassen stützt. . . Vorsitzender Mao hat den Volksmassen in Asien, Afrika, Lateinamerika und aller anderen Länder die leuchtenden Aussichten der Revolution gezeigt und ihnen den ruhmvollen Kampfauftrag, der sie erwartet, gewiesen.‘“⁹ Und sie fahren fort: „Gleichzeitig sind viele Revolutionäre aufgetreten, um die ‚Maul-Marxisten-Leninisten‘ in Lateinamerika wegen ihrer verbrecherischen Zusammenarbeit mit den Sowjetrevisionisten bei der Sabotage des revolutionären bewaffneten Kampfes zu verurteilen. . . Sie haben bewiesen, daß der bewaffnete Kampf nur dann siegreich geführt werden kann, wenn die vom Vorsitzenden Mao gewiesene revolutionäre Linie eingehalten wird: Gestützt auf die Bauern, Stützpunktgebiete auf dem Lande errichten und die Städte von den Dörfern her einkreisen.“¹⁰

Derartige Thesen zeigen überdeutlich, wie weit sich die Maoisten von einer materialistischen Position entfernt haben. Denn untersucht man die wirklichen Bedingungen Lateinamerikas, so stellt man z.B. fest, daß in Argentinien drei Viertel der Gesamtbevölkerung in den Städten leben, von einer Einkreisung durch die „Dörfer“ also keine Rede sein kann. Ebenso ist bekannt, daß einige kommunistische Parteien (z.B. in Kolumbien) unter bestimmten Bedingungen zum (bewaffneten) Guerillakampf aufgerufen haben und an der Spitze der Volkskräfte dem Regime entgegengetreten sind. Schließlich aber zeigt das Beispiel Chiles, daß unter spezifischen Bedingungen selbst in Lateinamerika der „friedliche Weg“ möglich ist, zwar nicht immer gewaltlos, aber doch ohne Bürgerkrieg hat dieses Land unter der Führung Präsident Allendes und der „Unitat Popular“ seit 1970 einen nichtkapitalistischen Weg eingeschlagen mit dem Ziel des Sozialismus. All das paßt nicht in das ultrarevolutionäre Schema der Maoisten hinein. Es kann nicht sein, was nicht sein darf!

Die Auswirkungen der konterrevolutionären Politik des Maoismus

Die zunehmende Entfernung der maoistischen Führung von einer klassenmäßigen Außenpolitik hat dem Lager des Antiimperialismus bereits schweren Schaden zugefügt.

Das deutlichste Beispiel hierfür war die maoistische Haltung gegenüber den Angeboten der Sowjetunion, die Hilfsaktionen für das heldenhaft kämpfende vietnamesische Volk und die Patrioten von Laos und Kambodscha gemeinsam zu besprechen und zu verstärken. Die chinesische Führung handelte nach ihrem verhängnisvollen Beschluß von 1966, der zwar eine „möglichst breite Einheitsfront“ zur Unterstützung der völker Indochinas forderte, die Sowjetunion jedoch davon ausschloß: „Sie darf selbstverständlich nicht in diese Einheitsfront eingeschlossen werden.“¹¹

Heute steht die Außenpolitik der VR China selbst in Widerspruch zu den „anti-revisionistischen“ Erklärungen der KP-Chinas von 1963. Hatte man damals noch Jugoslawien und die „Tito-Clique“ als „Handlanger des USA-Imperialismus“ bezeichnet, und aus der Tatsache, daß die Sowjetunion ihre Beziehungen zu Jugoslawien verbesserte, geschlossen, die KPdSU wolle eine ähnliche Politik wie die Titos einleiten, so versucht man gegenwärtig mit allen Mitteln (Austausch von Botschaftern, Handels- und Militärdelegationen) die Kontakte zu Jugoslawien wieder zu intensivieren, um längerfristig ein antisowjetisches Militärbündnis auf dem Balkan zu errichten.

Prinzipienlose „Offensive des Lächelns“

Es wird immer offenkundiger, daß nicht irgendeine Analyse oder der wissenschaftliche Sozialismus Grundlage der diplomatischen Schachzüge des Maoismus ist, sondern einzig und allein der immer unverhüllter auftretende Nationalismus und Großmachtchauvinismus der maoistischen Führungsgruppe. Dafür ist Beweis die Unterstützung Pakistans mit Waffen und Beratern im Befreiungskampf von Bangla Desh. Das beweist zum anderen die Gratulation Tschou En-lais an den Kommunistenhenker Numeiri zur Zerschlagung der antiimperialistischen Bewegung im Sudan.

Früher wurde jeder Staatsbesuch eines nichtsozialistischen Politikers in Moskau als Beweis für den „Verrat“ der „sowjetrevisionistischen Sozialfaschisten“ gewertet, jedes Foto, das nebeneinander lächelnd einen Staatschef und den bei ihm akkreditierten sowjetischen Botschafter zeigte, als Beleg für volksfeindliche Ränke und Kollaboration hergezeigt, heute empfangen die chinesischen Führer selbst Persönlichkeiten von der Schah-Schwester Ashraf über Couve de Murville und Haile Selassie bis hin zu Richard Nixon. Zu kritisieren sind dabei weniger diese Besuche selbst, als die Bedingungen, unter denen sie stattfinden. So bedeutete die Einladung an Nixon zu einem Zeitpunkt, da dieser die amerikanische Aggression in Vietnam verstärkte und erneut die Friedensvorschläge der FNL ablehnte, ein klares Entgegenkommen für den US-Imperialismus. Nixon konnte auf diese Weise sein Image aufpolieren und mit Hilfe der China-Schlagzeilen von den Verbrechen der USA in Indochina ablenken.¹²

Neuerdings haben die chinesischen Führer wiederholt ihr positives Interesse an der Erweiterung und Festigung der EWG zum Ausdruck gebracht. In einem Beitrag von „Hsinhua“ wird dazu gesagt: Mit der Erweiterung

ihrer Gemeinschaft vergrößerten die westeuropäischen Staaten den Schutz ihrer eigenen Interessen. Die EWG entwickle sich zu einem echten Gegengewicht zu den beiden Supermächten.¹³

Zunächst fällt hier auf, daß die chinesischen Führer, während sie noch verbal vom Klassenkampf reden, in ihrer Stellung zur EWG jede Klassenposition vermissen lassen. Sie gehen nicht von der Tatsache aus, daß die EWG das Europa der Monopole ist, daß in der EWG-Behörde die großen Monopole, insbesondere solche mit übernationalem Charakter, bestimmen, daß sich dieses Instrument gegen die Interessen der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten innerhalb der EWG als auch im internationalen Maßstab richtet. Mit ihrer „unverhohlenen Sympathie für die europäische Wirtschaftsgemeinschaft“¹⁴ geraten die chinesischen Führer in Kampfposition gegen die Arbeiterbewegung in den EWG-Staaten. So gaben die chinesischen Führer dem von den Konservativen betriebenen Anschluß Englands an die EWG ihre betonte Unterstützung, während die Kommunisten, die Gewerkschaften und selbst die Labour-Party diesen Anschluß ablehnten.

Wenn „Hsinhua“ schreibt, mit der Erweiterung der EWG vergrößerten die westeuropäischen Staaten den Schutz ihrer eigenen Interessen, so muß man doch daran erinnern, daß es sich um Staaten handelt, in denen das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus voll ausgebildet ist. Bei „ihren eigenen Interessen“ kann es sich also nur um monopolkapitalistische Interessen handeln.

Dieses Verlassen der Klassenposition kommt auch in der Behauptung zum Ausdruck, die EWG entwickle sich zu einem echten Gegengewicht zu den beiden Supermächten, werden doch damit zwei Staaten mit entgegengesetzten gesellschaftlichen Systemen, die Sowjetunion und die USA, gleichgesetzt. Weiter wird die Tatsache außer acht gelassen, daß die EWG aufs engste mit dem unter Führung der USA stehende Militärblock der NATO verbunden ist.

Auch bei Anwachsen der imperialistischen Widersprüche zwischen der EWG und den USA ist das gemeinsame Interesse an der Erhaltung des monopolkapitalistischen Gesellschaftssystems doch der nähergeordnete Gesichtspunkt. Gerade das haben die Monopole der BRD und alle westdeutschen Regierungen bisher immer bewiesen: Mit der Unterstützung des US-Krieges gegen die Völker Indochinas, durch die Devisenausgleichszahlungen, durch die Stützungskäufe für den Dollar usw.

Die außenpolitische Wendung der chinesischen Führung in ihren Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern hat zur Abschwächung ihrer Kritik an den USA geführt und deutlich werden lassen, daß mit der Formel von den Supermächten faktisch die UdSSR zum Hauptgegner Chinas erklärt werden soll. In dem Artikel von drei chinesischen Redaktionen vom 1. Oktober 1972 wird denn auch offen erklärt, die UdSSR sei für China ein „mehr gefährlicher Feind“ als die „imperialistischen Staaten alten Stils“. Dementsprechend erklärte auch Tschou En-lai im Gespräch mit Redak-

teuren der Times im Oktober 1972: „Die Sowjetunion ist mehr zaristisch als die Zaren, mehr imperialistisch als der alte Imperialismus. Wenn die Sache so liegt, so muß man die Vereinigten Staaten dem sogenannten sozialistischen System von Rußland vorziehen.“¹⁵

Da kann man sich auch nicht wundern, wenn die Frankfurter Allgemeine Zeitung, ein Sprachrohr des Großkapitals in der BRD, zu den Verhandlungen Kissingers mit Tschou En-Lai unter der Überschrift „Amerika ist Chinas bester Freund“ schreibt, daher sei „ein zwischenstaatliches Verhältnis geschaffen, für das ‚Entente cordiale‘ schon das richtige Wort ist, wenn man die europäische Wortassoziation ausklammert und das Ritual des Klassenkampfes, das auf Chinas außenpolitischen Neben Bühnen natürlich weiterlaufen muß, einmal übersieht. . . Die beiden pazifischen Großmächte paraphierten in Peking fast genau ein Jahr nach Nixons China-Besuch die schon 1969 entdeckte Gemeinsamkeit ihrer globalen Interessen. Beide besitzen jetzt eine damals ungeahnte Handlungsfreiheit.“¹⁶

F. J. Strauß und China

Daß der Imperialismus seit längerer Zeit bereits die maoistische Politik in seiner Globalstrategie berücksichtigt, ist nur logisch. Da er durch das Anwachsen der antiimperialistischen Front in die Defensive gedrängt ist, kommt es ihm darauf an, mit „Hilfe“ Chinas verlorenen Spielraum wiederzugewinnen. So schreibt auch Franz Josef Strauß, der Repräsentant der aggressivsten Teile des westdeutschen Großkapitals, sehr deutlich: „Pragmatisches Denken sollte in der Lage sein, zu erkennen, daß Rot-China ein Interesse an einer Potenz an der Westgrenze des sowjetischen Imperiums in Mitteleuropa hat, während wir an der stärkeren Bindung der Sowjets an ihrer asiatischen Ostgrenze interessiert sind. Partiiell und zeitweilig begegnen sich daher unsere und die chinesischen Interessen. . . Und es ist zum anderen, daß wir – nicht zuletzt angesichts eben dieses sowjetisch-chinesischen Konflikts – Chancen zur politischen Offensive haben werden, sobald sich Europa auf der Basis der langfristigen Parallelität seiner fundamentalen Interessen geeint hat und dadurch kräftig genug geworden ist, in der Welt nicht mehr nur Objekt – Leidender oder allenfalls Störenfried –, sondern Subjekt – also politisch Handelnder – zu sein.“¹⁷

Diese Konzeption wird von der Reaktion mit besonderem Nachdruck vertreten, da die CDU/CSU hofft, sich an die neue amerikanische China-Politik anlehnen zu können. Gleichzeitig stellt sie ihre Strategie einer stärkeren Annäherung an China der Brandtschen Ostpolitik entgegen und versucht unter Aufbietung sämtlicher antisowjetischer Gefühle, eine mehr auf Entspannung gerichtete Politik der Bundesregierung zu verhindern. Der Hauptfeind ist dabei immer die Sowjetunion, deren Position es zu schwächen gilt, sowohl militärisch-strategisch wie politisch.

Strauß, Schröder und die chinesische Parteiführung sind sich einig gegen ein System gesamteuropäischer Sicherheit und Zusammenarbeit, einig in

dem Versuch, die sozialistischen Länder Osteuropas von der Sowjetunion zu lösen. Natürlich bei Strauß mit dem Ziel, die kapitalistische Ausbeuterordnung in diesen Ländern wieder herzustellen und die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa zu errichten, bei den chinesischen Führern, um dem chinesischen Großmacht-Chauvinismus zu dienen.

Eine ähnliche Situation ergibt sich immer wieder auch in anderen Bereichen der internationalen Politik. So zum Beispiel in den Vereinten Nationen. Gegen alle Vorschläge der Sowjetunion zur Sicherung des Friedens, wie zum Beispiel auf Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz, Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, ein unbefristetes Verbot der Kernwaffen, einen Appell an die Kernwaffenmächte, spätestens ab 5. August 1973 alle Kernwaffenversuche einzustellen, Einstellung der unterirdischen Kernwaffenversuche im Stillen Ozean und so weiter, wandte sich die Vertretung der VR China. Hierbei geriet sie immer wieder in der Abstimmung auf eine Position mit den Vertretungen der USA, des kolonialistischen Portugal, des rassistischen Südafrika, mit den schlimmsten Feinden der Völker.

Wer sein Handeln in den Fragen der internationalen Politik vom Antisowjetismus und Nationalismus bestimmen läßt, der verläßt den Boden des Klassenkampfes, der wird zum Schädling am Kampf der Völker für Frieden, Demokratie und Sozialismus, der ordnet sich ein in die Weltstrategie des Imperialismus, insbesondere seiner Hauptmacht, der USA.

Die Springer-Zeitung „Welt am Sonntag“ beantwortete im Zusammenhang dieser Problematik die Frage, wer der Hauptgegner der Imperialisten sei, China oder die UdSSR, eindeutig: „Es bedurfte erst eines Machtwechsels im Weißen Haus, um die Einsicht reifen zu lassen, daß nicht das kommunistische China, sondern die Sowjetunion Amerikas eigentlicher Gegner in Vietnam ist. Denn ohne den beständigen Strom sowjetischer Waffen und Hilfslieferungen an den Vietkong hätte auch die taktische Beweglichkeit des nordvietnamesischen Generals Giap wenig gegen den militärisch weit überlegenen Amerikanern auszurichten vermocht. . . Sowohl Amerikaner als auch Chinesen müssen danach trachten, sich aus der gegenseitigen Umklammerung zu lösen, die nur Moskau nützt.“¹⁸ Aus dieser Passage geht indirekt hervor; die Sowjetunion, als erster Staat, in dem die sozialistische Revolution gesiegt hat, ist gleichzeitig tägliche Demonstration für die Stärke und Wirksamkeit des Sozialismus. Ihre Truppen haben in erster Linie den Hitlerfaschismus in die Knie gezwungen und ihr Potential ist es, das den Imperialismus in die historische Defensive gedrückt hat und ihm nicht mehr den Spielraum ermöglicht, den er sich bis dahin in der Geschichte herausgenommen hat. Wenn heute ein revolutionäres Kuba Wirklichkeit ist und ein Chile auf antiimperialistischem Weg vorwärts schreitet, beides nicht durch die unmittelbare bewaffnete Intervention des US-Imperialismus verhindert werden konnte, dann ist dies der Existenz der Sowjetunion und der mit ihr im Geiste des proletarischen Internationalismus verbündeten sozialistischen Staaten zu verdanken.

Die Anwesenheit von über hundert ausländischen Delegationen auf dem

XXIV. Parteitag der KPdSU hat erneut demonstriert, daß diese Tatbestände den Revolutionären in der ganzen Welt bewußt sind und damit gerade den antisowjetischen Ausfällen der maoistischen Führung eine Abfuhr erteilt. Es sei hier nur einer der Führer der antiimperialistischen Bewegung der „Dritten Welt“ genannt, der Erste Sekretär der Partei der Werktätigen Vietnams, Le Duan, der in seiner Grußadresse erklärte: „Die bedeutenden Erfolge der Sowjetunion auf allen Gebieten stärken in noch größerem Maße ihr Wirtschafts- und Verteidigungspotential und leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Kräfte des Sozialismus und der internationalen revolutionären Bewegung. Sie dienen den Völkern in ihrem Kampf gegen den Imperialismus, für die Hauptziele unserer Epoche – Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus – als anspornender Faktor. . . Die Arbeiterklasse und das Volk Vietnams werden der Partei des großen Lenin und dem heldenhaften Sowjetvolk ewig für ihre Hilfe dankbar sein.“

Kein Wunder, daß die Maoisten den XXIV. Parteitag mit Stillschweigen übergehen, ja sein Stattfinden in China überhaupt nicht bekanntgegeben worden ist!

Wie soll es weitergehen?

Trotz vielfältiger sowjetischer Angebote, die Beziehungen mit der KP Chinas oder zumindest – auf zwischenstaatlicher Ebene – mit der Regierung der Volksrepublik zu normalisieren, hat die maoistische Führung in den letzten Jahren ihre antisowjetische Propaganda nur noch verstärkt und keine Gelegenheit verpaßt, um die Sowjetunion, die sozialistischen Länder und die meisten kommunistischen Parteien zu verleumden. Sie verbreitet den Maoismus als „Marxismus-Leninismus unserer Zeit“ und entfaltet permanente splterische Aktivitäten innerhalb der antiimperialistischen Bewegung.

Die Haltung der Marxisten gegenüber dieser Praxis ist jedoch bestimmt durch ein einziges Kriterium: die Stärkung der antiimperialistischen Front im Weltmaßstab. Dem widerspricht keineswegs, daß nur in der offenen Auseinandersetzung mit dem ultralinken maoistischen Spaltertum die Einheit der internationalen Arbeiter- und Befreiungsbewegung gefestigt werden kann.

Den chinesischen Werktätigen selbst aber obliegt es, dafür zu kämpfen, daß in China der Marxismus-Leninismus wieder den bestimmenden Einfluß erhält und die führende Rolle der Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei wiederhergestellt wird.

Für weitere Informationen über China und den Maoismus sowie Literaturhinweise siehe: Farle/Schöttler, Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?, Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt 1971.

Fußnoten

- 1) Vgl. G. Blumer, Die chinesische Kulturrevolution 1965/67, Frankfurt am Main 1968, S. 172
- 2) Peking Rundschau, 3. Jg./1966, Nr. 52, S. 8 f.
- 3) Zit. nach: J. Schickel (Hrsg.), Mao Tse-tung, Der Große strategische Plan, Voltaire-Handbuch, S. 237 f.
- 4) Peking Rundschau, 6. Jg., 1969, Nr. 18, S. 17
- 5) Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Prag 1969, S. 37
- 6) Ebenda
- 7) Ebenda
- 8) Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, Peking 1967, S. 74
- 9) Peking Rundschau, 4. Jg. 1967, Nr. 45, S. 20 f.
- 10) Ebenda
- 11) Schickel, a.a.O., S. 173
- 12) Vgl. zu dieser aktuellen Frage: Herbert Lederer, Friedliche Kollaboration – Zur neuen US-Politik der Mao Tse-tung-Gruppe, in: Marxistische Blätter, Frankfurt am Main, Nr. 5/1971.
- 13) Zit. in: Unsere Zeitung, Düsseldorf, 9.3.1973
- 14) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.1.1973
- 15) Zit. in: Unsere Zeit vom 9.3.1973
- 16) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.2.1973
- 17) Franz Josef Strauß, Herausforderung und Antwort, Stuttgart, S.96 ff.
- 18) Welt am Sonntag, 18.4.1971

Literatur

Farle/Schöttler, Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1971

Autorenkollektiv, Die Außenpolitik der VR China, Dietz-Verlag, Berlin '72

Marxistische Blätter, Nr. 3/1973, S. 67 f (Genia Nobel: Die antimarxistische Politik des Maoismus)

Konstantinow, Kritik der theoretischen Konzeption Maos, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main 1973



KLEINES POLITISCHES WÖRTERBUCH



Arbeiterklasse
Demokratie
friedliche
Koexistenz
Humanismus
Kulturpolitik
Partei

Potsdamer
Abkommen
sozialistische
ökonomische
Integration
Sozialpolitik
Weiterbildung

Bitte verlangen Sie ein ausführliches Angebot und Bezugsquellennachweis direkt beim Verlag.



**DIETZ VERLAG
BERLIN**

DDR-102 Berlin
Wallstraße 76-79

Kleines Politisches Wörterbuch

2., überarbeitete und erweiterte Auflage

1016 Seiten, Leinen 12,80 M

Best.-Nr. 736 00700

Bestell-Wort: Kl.Pol.Wörterbuch

Das „Kleine Politische Wörterbuch“ enthält eine Auswahl von rund 1200 Grundbegriffen aus den Bereichen der marxistisch-leninistischen Philosophie, der politischen Ökonomie, des wissenschaftlichen Sozialismus, der Innen- und Außenpolitik und der Strategie und Taktik der marxistisch-leninistischen Parteien. Behandelte Themenkreise sind des weiteren Grundlagen der marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtstheorie, der Kulturpolitik sowie wichtige internationale Verträge und Abkommen. Der Leser wird nicht nur mit den den neuesten Erkenntnissen der marxistisch-leninistischen Wissenschaft entsprechenden Definitionen der Begriffe bekannt gemacht, diese werden ihm auch in gedrängter Form an Hand typischer Beispiele erläutert. Ein Stichwortverzeichnis erleichtert die Orientierung in dem auch typografisch übersichtlich gestalteten Werk.

Ein Gemeinschaftswerk namhafter Wissenschaftler und Praktiker auf dem Gebiet der internationalen Politik und Wirtschaft aus der UdSSR und der DDR.

Jahrbuch der Internationalen Politik und Wirtschaft 1973

Herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Moskau, und Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Potsdam-Babelsberg.

Etwa 480 Seiten, Leinen 45,— M

Bis 1. 8. 1973 zum Subskriptionspreis von 30,— M

Generelles Anliegen des Jahrbuches ist es, die jeweils wichtigsten Prozesse und Ereignisse im internationalen Geschehen der Gegenwart von der Position des Marxismus-Leninismus aus zu betrachten.

Das Jahrbuch der Internationalen Politik und Wirtschaft erscheint ab 1973 regelmäßig im Juli jeden Jahres.

Themen des Jahresbandes 1973 sind:

Sowjetisches Friedensprogramm in Aktion / Internationale Beziehungen im Jahre 1972 / Festigung der Einheit der sozialistischen Gemeinschaft in Europa / Für Frieden und Sicherheit in Europa / Komplexprogramm der sozialistischen ökonomischen Integration und seine bisherigen Ergebnisse / Aktivität und Effektivität der abgestimmten Außenpolitik der sozialistischen Länder / Informativische Einzelübersichten über innere Entwicklung und Außenpolitik aller Staaten des sozialistischen Weltsystems / Analytische Abhandlungen über Entwicklungsprozesse in der NATO, der EWG, über die kapitalistische Weltwirtschaft, die Währungs- und Finanzkrise, die USA-Aggression in Indochina und die Arbeiterbewegung in der kapitalistischen Welt; ferner Länderübersichten über die BRD, Frankreich, Japan, Schweden, Finnland, Italien, Österreich, die Schweiz, Großbritannien und die USA / Für Unabhängigkeit — gegen Neokolonialismus / Die Nahostkrise 1972 / Lateinamerika 1972 / Länderübersichten über Ägypten, Chile, Indien, Irak, Zaire, Brasilien und Bangladesch / Einen Beitrag zur Arbeit der UNO im Jahre 1972 sowie informativische Artikel über die III. Tagung der UNCTAD sowie die Organisation der Erdöl-Exportländer.

Eine Chronik der internationalen Ereignisse im Jahre 1972 bildet den Abschluß des Jahrbuches.

Sichern Sie sich mittels Fortsetzungsbezug die weiteren Bände und einen frühen Liefertermin.



**Staatsverlag der
Deutschen Demokratischen Republik**

DDR - 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17

Neokeynesianismus

Kritische Untersuchung einer modernen staatsmonopolistischen Wirtschaftslehre
Von Klaus O. W. Müller

1972. VI, 256 Seiten, 2 Abb., 5 Tab., 8°, 18,— M
Bestell-Nr. 751 893 1 (5904)

Vorliegende kritische Auseinandersetzung mit dem Neokeynesianismus bezieht sich auf eine der einflußreichsten Strömungen der gegenwärtigen bürgerlichen politischen Ökonomie, insbesondere in der BRD. Besonderes Gewicht wird der Analyse der wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Grundzüge sowie der Ideologisch-apologetischen Zielsetzung des Neokeynesianismus beigemessen.



Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten

AKADEMIE-VERLAG BERLIN
Deutsche Demokratische Republik

Arbeiterzeitungen - Kommunistische Zeitungen



Dr. Wenzel-Verlag GmbH
4100 Duisburg-Beeck · Pothmannstraße 12

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter“ sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.

Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. SchleiStein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1972:

- Heft 1 Umweltschutz und Gesellschaft
- Heft 2 Bürgerliche und sozialistische Demokratie
- Heft 3 Kapitalistische und sozialistische Integration
- Heft 4 Wirtschaftskrisen unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus
- Heft 5 Arbeiterklasse und Bündnispolitik
- Heft 6 Zur Europapolitik
- Sonderheft Die Verträge von Moskau und Warschau und ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft

Themen des Jahrgangs 1971:

- Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
- Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
- Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
- Heft 4 Politische Parteien in der BRD
- Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
- Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Bestellungen über den Buchhandel oder den



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Hedderheimer Ldstr. 78a